

Stabilisierungsprogramm 2017-2019: Stellungnahme des Netzwerks FUTURE

Übermässige Kürzungen widersprechen den strategischen Prioritäten des BFI-Bereichs

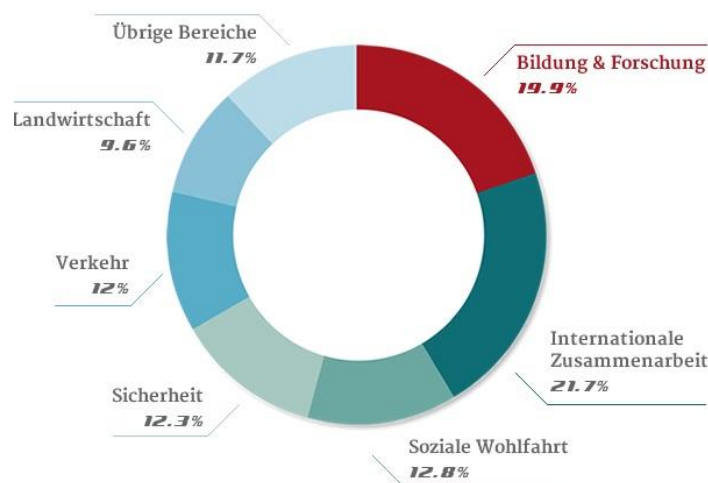
Forderung:

Rund ein Fünftel des Sparvolumens des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 betrifft Bildung, Forschung und Innovation. Die überproportionalen Einschnitte in der Höhe von 555 Millionen Franken gefährden die Umsetzung der angesichts der aktuellen Herausforderungen notwendigen Reformen sowie die dafür nötigen Investitionen in den kommenden Jahren. Angesichts der unsicheren Konjunktur- und Finanzlage anerkennen die Hochschulen und die Institutionen der Forschung einen gewissen Entlastungsbedarf des Bundehaushaltes und sie sind auch bereit, ihren Beitrag hierzu zu leisten. Die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehenen unverhältnismässigen Kürzungen widersprechen jedoch den strategischen Prioritäten des Bundesrates im BFI-Bereich und gefährden dessen Substanz. Nur bei einem Sparvolumen von maximal 200 Millionen Franken wird die Finanzierung des BFI-Bereichs weiterhin eine Priorität sein, wie dies die Wirtschaft verlangt und vom Parlament gefordert wird. Auch damit sind die BFI-Institutionen noch gezwungen, einschneidenden Verzichtspläne vorzunehmen.

Seit Jahren nehmen Bundesrat und Parlament die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) als prioritäre Aufgabe wahr. Die Hochschulen und die Institutionen der Forschung konnten sich stets auf eine zuverlässige Finanzierung verlassen. Dank der guten Rahmenbedingungen entwickelte sich der Wissensplatz Schweiz sehr erfolgreich. Die Investitionen in den BFI-Bereich zahlen sich aus: Heute zählen die Schweizer Hochschulen und der Innovationsstandort zur Weltspitze. Auf dieser Basis leisten die exzellenten BFI-Institutionen und die starke duale Bildung einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand der Schweiz.

Überproportionale Kürzung im BFI-Bereich

Die konjunkturelle Unsicherheit zwingt den Bundesrat, die geplanten Ausgaben zu kürzen. Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 will die Regierung in drei Jahren bereichsübergreifend 2,8 Milliarden Franken sparen. Laut Vernehmlassungsentwurf sollen davon rund 555 Millionen Franken (19,9 Prozent) auf den BFI-Bereich entfallen (siehe Grafik über Anteile der einzelnen Bereiche). Bei einem Anteil des BFI-Bereichs von gut 10% am Bundeshaushalt ist dieser Anteil stark überproportional. Dies hat zur Folge, dass die Finanzierung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2015-2019 jährlich durchschnittlich noch um 1,9% wächst, während die Bundesaufgaben insgesamt um durchschnittlich 2,7% zunehmen. Somit wird der BFI-Bereich von einer politischen Priorität schleichend zu einer Posteriorität. Der Bundesrat begründet den überproportionalen Anteil am Sparprogramm mit der prioritären Förderung von Bildung und Forschung in den vergangenen Jahren, was jedoch in keiner Weise einer nachhaltigen Politik entspricht. Entscheidend für die Finanzplanung müssen die anstehenden Herausforderungen sein und nicht die Vergangenheit. Der massive Einschnitt torpediert denn auch die im Schweizer BFI-System bewährte und zwingend notwendige Planungssicherheit und gefährdet somit die Substanz des gesamten BFI-Systems. Dies zu einem Zeitpunkt, in dem die zukünftige Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsprogrammen gefährdet und die Möglichkeit der Rekrutierung der besten Talente in Frage gestellt sind, da die Umsetzung des Verfassungsartikels 121a über die Zuwanderung noch nicht geregelt ist.



Gleichzeitig ist die BFI-Förderung für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin von überproportionaler Wichtigkeit. Bildung, Forschung und Innovation wirken langfristig dem Fachkräftemangel entgegen und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Letzteres ist insbesondere angesichts des starken Frankens von grosser Bedeutung. Dementsprechend hat der Bundesrat für die BFI-Botschaft 2017-2020 verschiedene Schwerpunkte und Reformen geplant, die den Werk- und Wissensplatz Schweiz angesichts der aktuellen Herausforderungen stärken sollen:

- Eine verstärkte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen
- Pflege und Weiterentwicklung der Forschungsinfrastrukturen
- Intensivierung des Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Industrie
- Massnahmen im Zusammenhang mit der Fachkräfteinitiative:
 - Erhöhung der Abschlusszahlen in der Humanmedizin
 - Minderung des Fachkräftemangels im MINT- und Gesundheitsbereich
 - Eine verbesserte Finanzierung von Vorbereitungskursen in der höheren Berufsbildung

Bei Priorität nicht überproportional kürzen

Die unverhältnismässig starken Einschnitte des Stabilisierungsprogramms gefährden jedoch die Umsetzung dieser Schwerpunkte, für die allesamt zusätzliche Finanzmittel notwendig sind. Deshalb haben National- und Ständerat mit der Annahme einer Kommissionsmotion den Bundesrat beauftragt, den BFI-Bereich auch in den Jahren 2017-2020 als Priorität zu behandeln. Die überproportionalen Kürzungen, welche im Stabilisierungsprogramm 2017-2019 für den BFI-Bereich vorgesehen sind, widersprechen dieser prioritären Behandlung. Der Bundesrat kann im BFI-Bereich nicht einerseits neue Schwerpunkte, Reformen und Weiterentwicklungen einleiten und andererseits gleichzeitig derart einschneidende Kürzungen im Budget vornehmen, welche insbesondere dem Nachwuchs schaden und die Rahmenbedingungen für die jungen Generationen in ohnehin schon unsicheren Zeiten verschlechtern.

Die Hochschulen und die Institutionen der Forschung sind aus diesem Grund überzeugt, dass die übermassigen Kürzungen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation im Interesse des Denk- und Werkplatzes Schweiz korrigiert werden müssen. Sie fordern, dass das Sparvolumen im BFI-Bereich massiv reduziert wird und maximal 200 Millionen Franken beträgt. Auch damit sind die BFI-Institutionen noch gezwungen, einschneidende Verzichtspläne vorzunehmen.